

Offener Brief

An die Mitglieder des Deutschen Bundestages

sino

Finanztransaktionssteuer:**"Wer denkt, dass Spekulanten die Griechenlandkrise verursacht haben, glaubt auch, dass Thermometer an Hitzewellen schuld sind."**

19.05.2010

High End Brokerage

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei den emotionalen und nicht nur von Sachkenntnis geprägten Debatten um die Situation in Griechenland ist eine Finanztransaktionssteuer wieder in die Diskussion geraten.

Die Ereignisse der letzten Wochen hätten allerdings durch eine Finanztransaktionssteuer auch nicht im Ansatz verhindert werden können.

Griechenland hat sich den Beitritt zum Euroraum mit geschönten, ggf. sogar manipulierten, Zahlen verschafft. Die mit dem Beitritt einhergehenden Vorteile, z.B. niedrigere Zinsen, wurden nicht genutzt, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken – im Gegenteil, man hat die staatlichen Defizite weiter deutlich erhöht. Dieses Land hat also nicht nur ein Ausgaben- sondern auch, durch die schlechte Steuermoral, ein Einnahmenproblem.

Als diese Probleme deutlich wurden, haben die Kreditgeber Griechenlands dem Land ihr Vertrauen entzogen. Jede Sparkasse in Deutschland wäre mit einem Kredit bei einem ähnlich schlecht geführten mittelständischen Unternehmen genauso verfahren. Der deutliche Anstieg der Zinsen für griechische Staatsanleihen hat also wenig mit ‚Spekulation‘ oder ‚Zockerei‘ zu tun, er ist schlicht und einfach die logische Konsequenz daraus, dass ein solcher Schuldner sehr wahrscheinlich nicht mehr in der Lage sein wird, seine Schulden zu bezahlen – zumindest nicht ohne externe Hilfe.

‚Gezockt‘ haben die (französischen) Banken und andere institutionelle Investoren, die griechische Staatsanleihen in der Erwartung *gekauft* haben, dass der Staat, bzw. die Staatengemeinschaft, sie – wieder einmal ‚retten‘ würde. Marktwirtschaftlich geboten wäre es gewesen, eine Umschuldung Griechenlands durchzuführen und die Käufer griechischer Staatsanleihen angemessen daran zu beteiligen. Dass bei dieser erneuten (Banken-)Rettung ausgerechnet Nicolas Sarkozy mit der ihm eigenen Vehemenz an der Spitze der Bewegung stand, ist dann auch kein Zufall.

Indem man diese, auf staatliche Hilfe spekulierenden, Banken und Versicherungen vor erheblichen Verlusten bewahrte, hat man Griechenland zunächst auch unmittelbar überhaupt nicht geholfen.

Eine Finanztransaktionssteuer ist wirtschaftlich unvernünftig, sie träge die Falschen und würde, wenn sie in Deutschland isoliert eingeführt wird, den Wirtschaftsstandort und Finanzplatz Deutschland schwächen und die Finanzierung des Mittelstandes indirekt verteuern.


Eine Finanztransaktionssteuer trifft eben genau *nicht* die, die aufgrund der Staatenhilfe erhebliche Gewinne gemacht, bzw. Verluste vermieden haben. Rund 10 Millionen deutsche Anleger, die im Zweifel durch die kurzfristigen Marktverwerfungen, die diese Krise ausgelöst hat, bereits Vermögensverluste erfahren haben, zu belasten, ist nicht sachgerecht.

Dass die Politik den erheblichen finanziellen Aufwand, den die jetzt ausgesprochenen Garantien bedeuten, zumindest teilweise zurückerhalten möchte, ist nachvollziehbar. Dies wäre am einfachsten möglich gewesen, wenn man die Gläubiger Griechenlands in Anspruch genommen hätte.

Auch eine international abgestimmte Finanzaktivitätssteuer für Finanzinstitute, die eben nicht auf den Umsatz, sondern auf – durch staatliche Hilfen – erleichterte Handelsgewinne zielt, mag eine Lösung sein. Eine Umsatzsteuer, die alle Privatanleger in Deutschland betrifft, ist es sicher nicht.

Ich würde mich sehr über ein Feedback freuen. Sie erreichen mich unter 0211 36 11 2040 bzw. ihillen@sino.de

Mit einem herzlichen Gruß aus Düsseldorf !



Ingo Hillen
Vorstand sino AG



sino

High End Brokerage